

Bund Freiheit der Wissenschaft e.V.

Der Vorstand

Bund Freiheit der Wissenschaft e.V.
Charlottenstraße 65, 10117 Berlin

Charlottenstraße 65
10117 Berlin-Mitte,
Telefon (030) 204 547 04
Telefax (030) 204 547 06
e-mail bund.freiheit.wissenschaft@t-online.de
Website: <http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de>

Deutsche Bank AG, Bonn
BLZ 380 700 24 Kto. 0233858

Presseerklärung zum Bildungsstreik

Berlin/Düsseldorf 15. 6. 2009

Die Streikaufrufe zielen auf die Abschaffung des gegliederten Schulsystems und eine Senkung der Leistungsanforderungen im gesamten Bildungsbereich. Diese Ziele kann der Bund Freiheit der Wissenschaft nicht mittragen, im Gegenteil: er lehnt sie strikt ab.

Studiengebühren

Der Bund Freiheit der Wissenschaft hat für die Einführung von Studiengebühren mit guten Argumenten geworben. Diese Argumente haben sich in einigen Bundesländern durchgesetzt, sie sind nicht widerlegt. Die Gesetzeslage in NRW ist vorbildlich: Die Hochschulen entscheiden selbst, ob und in welcher Höhe sie Studiengebühren verlangen. Vor dem Bundesverfassungsgericht hatte die Erhebung von Studiengebühren Bestand. Der Bund Freiheit der Wissenschaft macht sich die Aussage des Bundesverfassungsgerichts zu eigen, dass „durch die Einführung von Studiengebühren eine wertbewusste Inanspruchnahme der Ausbildungsleistung gefördert werden“ kann.

Bologna-Prozeß/ Bachelor/Master

Der Bologna-Prozeß erreicht seine Ziele nicht. Die Mobilität der Studenten sinkt. Die Freiheit und die Einheit von Forschung, Lehre und Studium sind bedroht.

Der Bund Freiheit der Wissenschaft war von Anfang kritisch der flächendeckenden Einführung von BA/MA-Studiengängen gegenüber eingestellt. Er lehnt die Bachelorisierung der Universitäten ab. Als wissenschaftlicher Abschluß bedeutet der Bachelor einen Etikettenschwindel.

Der Bund Freiheit der Wissenschaft bekennt sich aber vollinhaltlich zur „Magna Charta Universitatum“ von Bologna aus dem Jahre 1988. – Er lehnt aber die in Nachfolge der Sorbonne-Erklärung von 1998 erfolgte Bürokratisierung des Studiums zum Schaden der akademischen Freiheit und auch der Persönlichkeitsentwicklung der Studierenden ab.

Demonstrieren, nicht streiken!

Der Bund Freiheit der Wissenschaft lehnt Ungesetzlichkeiten im Zuge der Demonstrationen ab. Er verurteilt auch die Verführung zu Ungesetzlichkeiten, z. B. Missachtung der Schulpflicht, da sie einen Werteverstoß darstellen.

Kontakt: Dr. Winfried Holzapfel, Geldern, Telefon: 02831-4416; Dr. Hans Joachim Geisler, Berlin 030-3223158
Prof. Dr. Kurt J. Reinschke, Dresden 0351-2686166